

dtv

Knud von Harbou

Als Deutschland
seine Seele
retten wollte

Die Süddeutsche Zeitung
in den Gründerjahren nach 1945

dtv

Dieses Buch ist auch als E-Book erhältlich.

Ausführliche Informationen
über unsere Autoren und Bücher
www.dtv.de



Originalausgabe 2015

© 2015 dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, München
Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Sämtliche, auch auszugsweise
Verwertungen bleiben vorbehalten.

Umschlagkonzept: Balk & Brumshagen

Umschlaggestaltung: Katharina Netolitzky
unter Verwendung eines Fotos von SZ Photo

Satz: Bernd Schumacher, Friedberg

Druck und Bindung: GGPMedia GmbH, Pößneck
Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany · ISBN 978-3-423-28055-6

Inhalt

Einleitung.....	7
I Die amerikanische Pressepolitik nach dem Krieg	15
II Die Gründung der <i>Süddeutschen Zeitung</i>	22
III Die erste Ausgabe vom 6. Oktober 1945	49
IV 1945: Fremde, unheimliche Heimat.....	61
V 1946: Teufelspack hinterm Treueschwur.....	101
VI 1947: Verschwinden eines Lebensgefühls.....	146
VII 1948: Posaunisten eines neuen Realismus.....	167
VIII 1949: Deutschland – kein Lieblingskind	193
IX 1950: Militärische Kopfschmerzen.....	227
X 1951: Die Schatten wichen nicht	256
XI 1952: Ein Versuch Stalins.....	284
XII 1953: Mehr als ein Aufstand.....	313
XIII 1954: Die 84. Minute	342
XIV 1955: Rückkehr in die Normalität.....	364
Nachwort.....	384
Anmerkungen	393
Abkürzungsverzeichnis	427
Literaturverzeichnis	429
Danksagung.....	435
Personenregister	437

Einleitung

Dieses Buch ist eine chronologisch erzählte Geschichte der *Süddeutschen Zeitung* und gleichzeitig ein Bericht über die Sicht der Zeitung auf die ersten zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine Zeit, die in jeder Hinsicht eine gewaltige Herausforderung darstellte. Wie mit den materiellen wie psychisch traumatischen Hinterlassenschaften des Dritten Reichs umgehen und gleichzeitig die Chance eines Neuanfangs nutzen? Der SZ-Kritiker Joachim Kaiser hielt rückblickend die Situation fest: »1945 brach nichts zusammen, was sich nicht schon längst als brüchig erwiesen hätte. Doch für die Überlebenden leuchtete am Ende des Tunnels etwas auf. Ein Licht. Das Licht der Freiheit. Obwohl der Hunger, Vertreibung, Kälte, Ohnmacht die Geschwister unserer neuen Freiheit waren – in den Erinnerungen der Autoren an ›ihre Stunde Null‹ vibriert's von Freiheitslust.«¹ Kaiser sah diese neue Freiheit eingebettet in einen höchst bescheidenen Rahmen. So verwies er auf die »Veränderung des Tons«, ein öffentliches Klima abseits »heroischer Sprüche und Befehle« [...] »Des Westens ziviler Reiz begann zu wirken« inmitten eines Dualismus von bösem, alltäglichem »Mangel- und Trümmerkram« und angstlosen Nächten, in denen »die Sterne der neuen Ordnung auch für die Verbitterten und Verbiesterten« aufgingen [...] »Das alles fing im Mai 1945 an. Es waren produktive Momente zugleich kollektiver und individueller Besinnung.«² Viele, die Protagonisten einer solchen Reflexion hätten werden können, gab es nicht mehr, weil sie entweder im Krieg ums Leben gekommen oder wie die vielfach jüdische Intelligenz ermordet oder ins Exil getrieben worden war. Das Fehlen einer intellektuellen Elite in der Publizistik war anfangs auch in der Redaktion der SZ spürbar.

Die Bewusstseinslage wurde – ausgesprochen oder unausgesprochen – vom Umgang mit dem Nationalsozialismus dominiert. Mit aller Macht versuchte die Nachkriegspresse, dieses Thema

auszugrenzen. Noch Ende der 60er-Jahre konnte Bundespräsident Heinrich Lübke über die Zeit des Nationalsozialismus sagen: »Eine dunkle, entsetzliche Geschichte, von Verbrechern gemacht, nicht von uns. Fast ist man geneigt, zu vermuten, es seien Fremde und Zugereiste gewesen.«³ Dazu meinte der Sozialpsychologe und Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich nur wenige Jahre später, die Deutschen hätten den Zusammenbruch des Dritten Reichs wie Zuschauer wahrgenommen, ohne Bezug zu sich selbst, aber getragen von einem allgemeinen Konsens. Selbst die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sei ihnen durch die von den Alliierten verordnete Entnazifizierung abgenommen worden.⁴ Vieles von dieser Grundhaltung wird man auch in den ersten Jahrgängen der *SZ* wiederfinden. Schon die erste Ausgabe der *Süddeutschen* vom 6. Oktober 1945 spiegelte die psychische Abwehr der Vergangenheit und eine Zwiespältigkeit dem Aufbruch gegenüber wider. Beide Reaktionen sollten bis Mitte der Fünfzigerjahre eines der wesentlichen Kennzeichen dieser Zeit bleiben.

Am 3. Oktober 1949 trat das Bayerische Pressegesetz in Kraft. Die Nachrichtendienstabteilung der Militärregierung wurde aufgelöst. Ab diesem Zeitpunkt war jedenfalls formal der redaktionelle Spielraum der *SZ* nicht mehr eingeschränkt, es gab keine amerikanische Zensur mehr. Bis dahin achtete das US-Presseamt hauptsächlich darauf, dass das Verbot der Kritik an den Besatzungsbehörden und der Verbreitung nationalsozialistischer Ideologie eingehalten wurde. Inhaltlich mischten sich die Amerikaner nur hinter den Kulissen ein. Aber auch nach 1949 passte sich die *SZ* an den hauptsächlich unkritischen Diskurs der Zeit an, ganz anders als beispielsweise die ebenfalls in München erscheinende *Neue Zeitung*, die ja sogar unter amerikanischer Herausgeberschaft erschien. Heute assoziiert man mit der *Süddeutschen* eine offene, lebendige, fantasiereiche, liberale Zeitung. In der ersten Dekade nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs entsprach sie diesem Erscheinungsbild nicht. Vielmehr mied sie eher den offenen politischen Diskurs und zeigte sich um eine kulturelle Restauration bemüht. Wenn Joachim Kaiser in dem oben erwähnten Aufsatz auf die Neugier als hervorstechendste Haltung im Kulturbereich hinwies (»Man war neugierig auf junge Talente, neugierig

auf neue Ideen, auf eine neue Kunstsprache, auf neue Formen in der Kultur – gegen das Alte, das sich derart hatte missbrauchen lassen«), dann galt auch dies nur sehr eingeschränkt für die *Süddeutsche Zeitung* der ersten Jahrgänge.

Schon ein Jahr nach Kriegsende gab es überall wieder eine Basisversorgung mit Presseorganen. Beispielsweise standen zu diesem Zeitpunkt den drei Millionen Einwohnern von Berlin schon wieder drei Millionen Exemplare an Tageszeitungen zur Verfügung. Rasch differenzierte sich das Presseangebot mit neuen Blättern nach alten Mustern wie kleinen Lokalzeitungen. Im bayerischen Teil der US-Zone dominierten ab Herbst 1945 die *Süddeutsche Zeitung* und die unter amerikanischer Herausgeberschaft stehende *Neue Zeitung*, im hessischen Teil die fast zeitgleich mit der *SZ* gegründete links stehende *Frankfurter Rundschau* sowie ab November 1949 die konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Im April 1946 erschien in der britischen Besatzungszone die *Hamburger Welt*. Am schnellsten waren die sowjetischen Behörden in ihrer Zone mit der am 15. Mai 1945 gegründeten Berliner *Täglichen Rundschau* (mit dem Untertitel »Frontzeitung für die deutsche Bevölkerung«) gewesen, die im Juni 1955 eingestellt wurde. Flankiert wurden die Tageszeitungen von wenigen konservativen Wochenblättern. Ab Februar 1946 erschien die damals noch rechtslastige *ZEIT*, einen Monat später der katholische *Rheinische Merkur*, 1948 die beiden protestantischen Zeitungen *Christ und Welt* und das *Allgemeine Sonntagsblatt*. Belebt wurde die Presseszene ab Januar 1947 durch das Erscheinen des wöchentlichen Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*, einer deutschen Variante des amerikanisch-englischen *News Magazine*, mit Rudolf Augstein als Herausgeber und Chefredakteur.

Eine Untersuchung der Grundströmungen des Denkens der frühen Nachkriegszeit anhand der *Süddeutschen Zeitung* bot sich aus mehrfacher Hinsicht an. Einmal fehlt bis heute eine Aufarbeitung der Geschichte der Zeitung. Sie erfolgte bislang nur in Gestalt von Biografien ihrer Gründer oder durch Monografien über Teilaspekte wie den Umgang mit dem Rechtsextremismus während der Adenauer-Zeit oder die Analyse des nationalen Selbstverständnisses der Presse nach 1945.⁵ Jahrzehntlang hatte sich die Zeitung nur wenig um die Vorgeschichten ihrer Grün-

dergeneration gekümmert und kaum um politische Positionen ihrer Redakteure der Anfangszeit. Auch Rückblicke der damaligen Akteure sind dünn gesät: Am ehesten geben noch die salopp geschriebenen Erinnerungen von Ernst Müller-Meinungen zumindest ein wenig Einblick in diese Frühzeit.⁶ Gesamtdarstellungen über die großen meinungsbildenden Zeitungen liegen insgesamt nach wie vor nur wenige vor.⁷

Die vorliegende Betrachtung beschränkt sich bewusst auf die Politik und das Feuilleton. Beide Ressorts schienen als ideologische Parameter aussagefähig genug, um die Grundtendenzen der SZ in den ersten zehn Jahren nach ihrer Gründung aufzuzeichnen. Auf eine Auswertung des Lokalteils musste verzichtet werden, obwohl sie eine bunte Sozialgeschichte zutage gefördert hätte. Das hätte jedoch den Rahmen dieses Buchprojekts gesprengt. Es galt, hierfür 44 Bände im Zeitungsformat auszuwerten, d. h. inhaltlich zu erfassen, nach Themenkomplexen zu strukturieren und mit Sekundärliteratur abzugleichen.⁸ Eine solche Arbeit hätte auf der Basis von Microfilmen, Microfiches in öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken und Archiven nur unter großen Mühen geleistet werden können.⁹ Ich hatte das Privileg des Zugangs zum Print-Textarchiv der *Süddeutschen Zeitung*, das mir freundlicherweise neben einem großzügigen Arbeitsplatz alle Bände zur Einsicht bereitstellte und Detailanfragen geduldig beantwortete.

Die Auswahl der Artikel definierte sich durch die Relevanz, die vorzugsweise in Leitartikeln, Kommentaren, Grundsatzartikeln und Aufmachern zum Ausdruck kam, flankiert von nicht weniger aussagefähigen Nachrichten. Diese werden anhand von Sekundärliteratur und biografischen Hinweisen erläutert.

Die Zeitung als Kommunikationsmedium zwischen Politik und Gesellschaft nahm eine besondere Stellung ein. Das galt umso mehr für die Anfangszeit, als die Presse neben dem Rundfunk noch das wichtigste Massenmedium war – ehe sich ab 1953 das Fernsehen langsam zum Leitmedium entwickeln sollte. Ihr publizistischer Ort war und ist die kritische Beförderung von Nachrichten und Meinungen in eigener Sache wie auch im Interesse von Betroffenen. Deren Bürgeranliegen, von der Zeitung aufgegriffen, richten sich an eine Politik, die durch ihre repräsentativen Organe für die Umsetzung Verantwortung trägt. Umgekehrt ist das politische Sys-

tem auf Kritik, Informationen über die öffentliche Meinung und Diskussionsprozesse angewiesen, um seine Entscheidungen steuern und legitimieren zu können. Insofern bilden die Printmedien als wirkungsmächtiges Subjekt einer Teilöffentlichkeit eine einmalige Schnittstelle der Meinungsbildung. Besonders durch den Umgang mit der NS-Vergangenheit wurde dem Journalismus damals eine erhebliche Meinungsführerschaft zuteil, die nach Ansicht des Historikers Edgar Wolfrum dazu führte, dass diese sogenannten Deutungseliten, neben den politischen Eliten, mit Geschichtsbildern bewusst Politik betrieben, um kollektive Identitäten zu konstruieren und Erinnerungen zu gestalten.¹⁰

Das galt auch für die *Süddeutsche*. Sie tat sich schwer mit der Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus. Signifikant war Verdrängung in allen Schattierungen bis hin zu einem aus heutiger Sicht höchst befremdlichen Verschweigen oder dem zweifelhaften Bestreiten der sogenannten Kollektivschuld. Diese Haltung entsprach der später immer wieder monierten allgemeinen gesellschaftlichen Unterlassung der Aufarbeitung der Zeit des Dritten Reichs. Insbesondere wenn es um die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus geht, rücken natürlich die handelnden Personen in das Blickfeld. So wurden insbesondere die Leitenden Redakteure wegen ihrer Belastungen während der Zeit des Dritten Reichs einer zeithistorischen Betrachtung unterzogen. Ebenso wurden die Veränderungen des Herausbergremiums, der Chefredaktion, die Etablierung eines Chefreporters, die Einführung der Markenzeichen der *SZ*, das »Streiflicht« und die Seite Drei, beleuchtet.

Ziel dieser Studie über die *Süddeutsche Zeitung* ist aber nicht die aus heutiger Sicht leicht zu fällende apodiktische Kritik an den Artikeln der Zeitung in den Gründerjahren nach 1945, sondern vielmehr sollen das Denken und die langsame Weiterentwicklung vor der Folie der politischen Kultur der Ära Adenauer aufgezeigt werden. Die Texte sollen für sich stehen. Um diesen zeithistorischen Belegen ein Gesicht und eine Sprache zu geben, werden sie in Auszügen wiedergegeben. Natürlich unterbleibt die Kritik nicht, doch sie ist unterlegt mit Fragen, Hinweisen auf Hintergründe, Vergleichen. Nur so war dies zarte Pflänzchen beschwerlicher Demokratie in den Texten zu erhalten.

Um der Gefahr auszuweichen, die Textauszüge der *SZ* aus dem heutigen Blickwinkel geschärfter Kenntnis vieler historischer Detailstudien gewissermaßen zu »überschreiben«, wurde das Verfahren einer deskriptiven und interpretierenden Inhaltsanalyse gewählt. So konnte eine breitflächige Annäherung an das Meinungsbild der *Süddeutschen Zeitung* als Widerspiegelung der Gründerzeit erreicht werden. Die politische Orientierung der *SZ* ist damals wie heute nicht eindeutig einer bestimmten Richtung zuzuordnen. Oftmals erschienen unterschiedliche Kommentare und Leitartikel zum selben Thema. Weder zum konservativen, bürgerlichen Parteienspektrum noch zur Sozialdemokratie lässt sich in der Regierungszeit Adenauers eine Nähe konstatieren. Erst ab der Bundestagswahl 1957, als die CDU/CSU die absolute Mehrheit errang, glaubten manche, bei der *SZ* eine Nähe zur Politik der Sozialdemokraten erkennen zu können. Als größter gemeinsamer politischer Nenner für die *SZ* tauchte dann immer wieder der Begriff »linksliberal« auf. Deutlich war, dass sich die Zeitung als Anwalt der Grundrechte verstand. Schon früh sprach sie sich vehement gegen Machtmissbrauch und Intoleranz aus. Werner Friedmann umriss den inneren Standort der *Süddeutschen* 1955 sehr klar: »Es gab niemals Richtlinien und Sprachregelungen; nur eine im besten Sinne liberale und demokratische Haltung war die Voraussetzung für die Mitarbeiter und eine klare Feder, frei von Schönfärberei und Propaganda-Schlagworten. Und es galt die Fahne des Widerstands gegen den Nazismus und Nationalsozialismus, gegen Gesinnungsterror und Intoleranz niemals sinken zu lassen. In diesen Grundsätzen waren sich, ungeachtet mancher interner Auseinandersetzungen, alle Mitglieder der Redaktion stets einig.«¹¹

Diese Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit fanden ihren Niederschlag in Leserbriefen, deren Wahrnehmungsspektrum ebenfalls recht breit schien: »Besonders angesprochen bin ich persönlich von der Tendenz, neben den großen Tagesereignissen das Schicksal des einzelnen Menschen in das Bewusstsein Ihrer Leser zu heben«, während ein anderer Leser meinte: »Sie geben zwar an, ein unabhängiges Blatt zu sein, doch die Tendenz Ihrer Zeitung ist eindeutig sozialistisch gefärbt.« Derlei Äußerungen von links bis rechts fanden sich besonders anfangs noch häufig,

so wenn sich ein Schreiber »eine Staatsführung [wünschte], die Ihrer Volksverwirrung baldmöglichst das Handwerk legt«, ein anderer die Abbestellung der SZ begründet, weil »sie zu sehr Kleinalblatt« geworden sei. Die Kritik an der Linkslastigkeit überwog jedoch. Auch die Karikaturen von Ernst Maria Lang lagen im Fadenkreuz der Beschwerden, »ich habe kein Verständnis für Ihre täglichen Karikaturen von unserem Herrn Reichskanzler (!)« oder gefragt wurde, »ob Sie überhaupt jemand in der Redaktion haben, der verantwortlich ist für diese gemeine, unsittliche Zeichnererei«. Erst nach und nach erhielten die Leserbriefe einen festen Platz im Blatt, eine regelrechte Auswertung erfolgte erst Mitte der 50er-Jahre.

Gut kam die SZ trotz knappster Platzumfänge ihrer Chronistenpflicht nach, Raum für den Disput, zum Beispiel über die Adenauer-Regierung, gönnte sie sich erst nach und nach. Dementsprechend wurde die SZ von anderen Presseorganen nur wenig zitiert. Erst ab 1955 sollte sich das Themenspektrum erweitern. Als Grund wird in der Forschungsliteratur eine Konsolidierung innen- und außenpolitischer Verhältnisse angesehen. Von Anfang an verlief der Verkauf der SZ zufriedenstellend, obwohl sich Umfang und Erscheinungsweise in den ersten Jahren ständig änderten.¹² Bis 1955 pendelte sich die Druckauflage auf 200 000 Exemplare ein.¹³ Stolz vermeldete der Vertrieb zum zehnjährigen Jubiläum, dass bis dahin über 523 Millionen Exemplare der SZ in die Hände der Leser gelangt waren. Wesentlichen Anteil daran hatten die Anzeigen, die die SZ nahezu konkurrenzlos machten: Allein die Anzeigen nach der Währungsreform wiesen eine Zahl von weit über einer Million aus. 1976 stieg die Zahl der verkauften Exemplare über 300 000 Exemplare, 2014 waren es 383 844 Druckexemplare. Dementsprechend wuchs die Zahl der Redakteure von 33 (1945) auf 108 (1950) bis 227 (1985). Ebenso verdreifachte sich seit Zeitungsgründung die Zahl der Mitarbeiter von 416 auf 1304 im Jahr 1955. Erst die 1970er-Jahre waren für die SZ entscheidend für ihren Sprung von einer großen Regionalzeitung hin zu einer deutschlandweiten überregionalen Zeitung.

Hermann Proebst, Chef der Innenpolitik, konnte sich 1955 rückblickend vom Grundkurs der *Süddeutschen Zeitung* bestätigt fühlen: »Gegenüber der jeweiligen Regierung loyal, aber

wach und kritisch, bewegt sie sich im Allgemeinen etwas links von der Mitte; sie ist aufgeschlossen und tolerant, jedoch nie indifferent.«



Die Lizenzübergabe an Werner Friedmann fand am 6. August 1946 statt, woran sich eine kleine Feier anschloss. Hintere Reihe von links: Bernhard Pollak (Lokales), Alfred Schwingenstein (Prokurist), Elly Staegmeyr (Wirtschaft), ein Chauffeur, Frau Werner (Sekretärin bei der Press Branch), Leonard Felsenthal (Presseoffizier), August Schwingenstein (Gesellschafter), Heinz Tebbe (Nachrichten), Nathan Rich (Presseoffizier), Edmund Goldschagg (Gesellschafter). Sitzend vorne: Franz Josef Schöningh (Gesellschafter), Elisabeth Schütte (Bayern), Werner Friedmann (Gesellschafter), Ernst Langendorf (Presseoffizier), Oberst Bernard McMahon (US-Press Branch), Max von Brück (Aussenpolitik), Alfred Dahlmann (Feuilleton). Es fehlt Major Joseph Dunner, der bereits Ende Dezember 1945 abberufen wurde. Das Photo ist eines der wenigen, das die Gründergeneration der ersten Stunde zeigt. © SZ Photo

Kapitel I

Die amerikanische Pressepolitik nach dem Krieg

Die ersten Planungen der US-Regierung über den Umgang mit der deutschen Presse noch vor der Kapitulation des Deutschen Reichs am 8. Mai 1945 wurden in der Direktive Nr. 191 vom 24. November 1944 festgelegt.¹⁴ War darin ausnahmslos die Veröffentlichung von Druckmedien untersagt, so erfuhr diese Anweisung bereits ein halbes Jahr später eine Revision. Das Publikationsverbot stand nunmehr unter dem Vorbehalt, »except as directed or otherwise authorized by Military Government«. Genauere Anweisungen fanden sich in einem beigefügten Handbuch. Der Wiederaufbau der Presse war in drei Phasen geplant. Voraussetzung war in der ersten Phase ein generelles Publikationsverbot, um die Besetzung Deutschlands zu erleichtern.

Zweitens war die Einrichtung eines amerikanischen Informationsdienstes sowie eine Überprüfung aller deutschen Informationsquellen vorgesehen; so sollten alliierte Zeitungen nach Zerstörung des NS-Propagandaapparates das entstandene Vakuum füllen, indem man die Deutschen ausschließlich mit nichtdeutschen Nachrichtenquellen konfrontieren wollte, um damit ein Beispiel für eine objektive Informationspolitik zu liefern. Primäre Aufgabe der alliierten Zeitungen war, dafür zu sorgen, dass alle Anordnungen und Befehle kommuniziert werden konnten. Gleichzeitig sah das Handbuch die Bildung spezieller Erkundungseinheiten vor, die zunächst den Status quo ermitteln sollten. Das heißt, sie sollten weiterhin aktive illegale Publikationen ausfindig machen und Erkenntnisse über die politische Vergangenheit von Presseunternehmen einholen sowie Informationen über den technischen und personellen Zustand möglicher Presseunternehmen, die man für einen Wiederaufbau ins Auge fassen könnte, beschaffen.

Eine dritte Phase sah auf der Basis dieser gesammelten Informationen eine gleitende Übergabe von Presselizenzen an Deutsche vor, die zunächst unter alliierter Aufsicht arbeiten sollten.

Festgehalten war, dass Lizenzen für Druck und Verkauf von Pressemitteln nur an Personen erteilt werden durften, die sich bei der Militärregierung hatten registrieren lassen und Gewähr boten, alle erlassenen Bestimmungen und Anordnungen genauestens zu befolgen. Grundlage waren die Nachrichtenkontroll-Vorschrift Nr. 1 und das Gesetz Nr. 191 vom 12. Mai 1945. Die Amerikaner waren sich natürlich im Klaren, dass die Besetzung Deutschlands nur eine Übergangszeit dauern würde und deshalb die lizenzierten Zeitungen ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr ihrer Aufsicht unterstehen würden. Man suchte daher nach juristischen Gesellschaftsformen, die auch nach Aufhebung des Lizenzvorbehalts eine größtmögliche Unabhängigkeit gegenüber jedweder politischer oder staatlicher Einflussnahme sicherstellten. Überdies galt es, diese Zeitungen auch wirtschaftlich abzusichern.

Als Modelle zukünftiger Zeitungen schieden aus Sicht der US-Pressebehörden der »Generalanzeiger« und die »Heimatzeitungen« aus. Der Generalanzeiger, eine im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entstandene Gattung, war dominiert vom Lokalteil, dessen schrille Nachrichten den Amerikanern nicht seriös genug waren. Überdies wandelte sich die überparteiliche Orientierung der Generalanzeiger im Laufe des Kaiserreichs und der Weimarer Republik zusehends in Richtung einer politischen Rechtslastigkeit, was ebenfalls auf Vorbehalt stieß. Ähnlich erging es den sogenannten Heimatzeitungen, die sich politisch ebenfalls dem rechten Spektrum zuordnen ließen.

VORBILD WEIMAR

Die Amerikaner orientierten sich vor allem an den liberal-bürgerlichen Zeitungen der Weimarer Republik wie der *Frankfurter Zeitung*, der *Vossischen Zeitung*, dem *Berliner Tageblatt*, aber auch an den *Münchener Neuesten Nachrichten*. Sie alle waren politisch ungebunden und boten auf hohem Niveau Informationen aus allen Ressorts. Und sie waren das Gegenteil der amerikanischen »penny press«, die beispielsweise durch Zusammenschlüsse innerhalb der Hearst-Gruppe zu einem enormen politischen Machtfaktor anwuchs. Diese Erfahrung wollten die Amerikaner unter allen Umständen vermeiden, auch angesichts der Zeitungskonzentration im Dritten Reich durch den

Zentralverlag der NSDAP, den Eher Verlag, der nach der Machtergreifung 1933 parallel zu den Enteignungen bei den meisten noch bestehenden großen und publizistisch wichtigen Zeitungen mindestens 51 Prozent der Verlagsanteile erwarb. Leitprinzip war also die Freiheit von fremden, großkapitalistischen und sonstigen politischen Einflüssen. Deshalb war es den Amerikanern auch wichtig, dass im Impressum alle Herausgeber, Eigentümer, die Chefredaktion und Geschäftsführer aufgelistet waren. Stellte die Zeitung eine juristische Person dar, mussten alle Anteilseigner, Aktionäre und Treuhänder usw. ausgewiesen werden.

Diese drei Unabhängigkeitspostulate legten die Amerikaner bei der Planung einer neuen deutschen Presselandschaft zugrunde. Sie wollten aber auch, dass bestimmte Praktiken des amerikanischen Journalismus übernommen würden. Wichtig war ihnen besonders der Umgang mit Nachrichten. Wie in den USA üblich, wollten sie auch hier die strikte Trennung von Information und Meinung durchsetzen. Die Nachricht musste überdies durch eine präzise Quellenangabe gekennzeichnet sein. Das aber war in Deutschland völlig unüblich, hier hielt man die bloße Nachricht für nicht ausreichend und ergänzte sie deshalb mit Informationen und Meinungen. Wie man anhand der *Süddeutschen Zeitung* sehen wird, blieb man dieser Praxis überwiegend treu. Dagegen sperrte man sich nicht gegen die amerikanische Tradition der »editorial page«, wonach Leitartikel und Kommentar einen festen Platz im Inneren der Zeitung einnehmen, eine Vorstellung, die heutzutage überall in Deutschland Praxis ist.

Fremd war den Amerikanern auch die Struktur des deutschen Feuilletons. Die Vielfalt von Berichten aus Kultur und Wissenschaft, Rezensionen, Glossen und kürzeren literarischen Texten hatte für sie zu sehr den Charakter einer Zeitschrift. Geändert hat sich an dieser Struktur nichts.

Ausdruck eines geschlossenen Erscheinungsbildes der Zeitung war für die Amerikaner traditionell der »copy desk«. Hier wurde die Zeitung umbrochen mit dem Ziel einer optischen Vereinheitlichung, durchgeführt von nur wenigen Redakteuren, die die Artikel aller anderen eigenmächtig umarbeiten und druckfertig machen konnten. Doch nicht einmal die *Neue Zeitung*, obwohl offizielles Organ der Amerikaner, traute sich den »copy desk« ein-

zuführen.¹⁵ Inzwischen hat sich der »copy desk« in Deutschland durchgesetzt, aber, anders als in den USA, unter Berücksichtigung jeweiliger gewachsener Ressorteigenarten.

WUNSCH NACH EINER NEUEN ZEIT

Hauptziel der Amerikaner war die Schaffung einer freien, unabhängigen und demokratischen Presse. Nur eine solche war imstande, den Prozess der Entnazifizierung und Demokratisierung der deutschen Bevölkerung wenigstens zu begleiten. Und für die Alliierten stellte dieses neue Pressemodell im Sinne einer Zäsur gleichzeitig auch eine »Stunde Null« nach den Jahren des Faschismus dar. Auch wenn es eine »Stunde Null« nach dem Untergang des Dritten Reichs sicherlich nicht gegeben hat, war der Begriff Ausdruck eines Wunsches nach einer neuen Zeit, vielleicht auch deutsche Abwehr gegen schuldbehaftete Jahre des Nationalsozialismus. Als Startschuss für eine neue Presselandschaft ist er durchaus zu akzeptieren. Und er entsprach auch dem Empfinden der Zeitgenossen, wie Heinrich August Winkler festhielt: »Nie war die Zukunft in Deutschland so wenig vorhersehbar, nie das Chaos so allgegenwärtig wie im Frühjahr und Frühsommer 1945 [...] die ›Zusammenbruchsgesellschaft‹ war eine Gesellschaft im Ausnahmezustand. Sie brachte keine neue Ordnung hervor, sondern die tiefe Sehnsucht, so rasch wie möglich zu irgendeiner Art von ›Normalität‹ zurückzukehren.«¹⁶ Und genau diese Erwartung konnte ein neues Pressewesen stillen, indem es als Orientierungshilfe fungierte. Die Zeitungen waren *die* Orientierungshilfe, *das* Identifikationsobjekt und eines *der* wesentlichen Kommunikationsmittel, um sich in einer neuen Gesellschaft zurechtzufinden. Spürbar war dies an der enormen Resonanz nach Erscheinen der ersten Ausgaben der *Süddeutschen Zeitung* im Oktober 1945. Das wussten die Besatzungsbehörden und demzufolge gingen sie mit großer Umsicht zu Werke.

Rückblickend konnten die Amerikaner nur sehr eingeschränkt zufrieden mit der Realisierung ihrer Ziele sein. Es war ihnen klar, dass eine von oben gesteuerte grundsätzliche Demokratisierung nicht innerhalb weniger Jahre umzusetzen war. Christina von Hordenberg wies darauf hin, dass »von ihren drei Zielen – Zerschla-

gung des Propagandaapparats, Entnazifizierung der Medieneliten und Verwestlichung des Journalismus – nur das erste vollständig, das zweite begrenzt und das dritte kaum verwirklicht« wurde.¹⁷ Letzteres hing, wie man auch in der *Süddeutschen Zeitung* sehen wird, ab 1947 mit der Rückkehr teils vorbelasteter Journalisten und Publizisten zusammen. Sie konnten unter deutscher Regie bis Mitte der 1950er-Jahre in die Printmedien reintegriert werden. Was bedeutet, dass »die Persistenz kultureller Normen und der latente Widerstand gegen die Übernahme westlicher Werte, der Mangel an Fachleuten und die Notwendigkeit der Integration es nicht erlauben, von einer ›Stunde Null‹ der Massenmedien und des Journalismus zu sprechen«. ¹⁸ Warum die Gründungsherausgeber der *SZ* nie das Reservoir der während der NS-Zeit nach London exilierten, nicht vorbelasteten Journalisten auch nur in Erwägung zogen, bleibt rätselhaft. Viele kamen nur deshalb nicht zurück in ihr Heimatland, weil die Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse zu undurchsichtig waren. Allerdings standen sie politisch eher links, was vielleicht nicht den Zielvorstellungen der Herausgeber entsprach.¹⁹

Wie sehr gerade die Amerikaner über die mangelnde Akzeptanz ihrer Wertvorstellungen beunruhigt waren, zeigt sich an einer Bemerkung des früheren US-Militärgouverneurs Lucius D. Clay aus dem Jahr 1950: »Die deutsche Unfähigkeit, demokratische Freiheit wirklich zu erfassen, hat sich wohl auf keinem anderen Gebiet [wie dem Pressewesen] so deutlich gezeigt. Es schien unmöglich zu sein, zu einer Gesetzgebung zu gelangen, in der die Presse der regierenden Macht nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert war.«²⁰ Noch 1956 äußerte in einer Befragung über ihre Einstellungen zu Pressefreiheit, Medien und Politik eine Mehrheit verantwortlicher Redakteure und Herausgeber von 700 westdeutschen Tages- und Wochenzeitungen, dass die Presse *nicht* über alles berichten solle.²¹ Diese Zurückhaltung, so das Ergebnis der Befragung, manifestierte sich in der Berichterstattung über die Bundesrepublik, die USA oder andere westliche Mächte. Keine Zwänge hingegen legte sich die Presse auf, wenn es sich um die Sowjetunion handelte. Was nur bestätigte, dass »die repressive Pressepolitik der Adenauer-Regierungen und der antikommunistische Grundton der Berichterstattung von einer großen Mehrheit der

Journalisten in den Printmedien toleriert oder aktiv unterstützt« würden.²² Man wird dies Verhalten auch bei der SZ wiederfinden.



Ein US-Soldat beim Betreten des Führerbaus am Münchner Königsplatz zusammen mit einer Angestellten und einem Hilfspolizisten. Um in das Gebäude zu gelangen, musste man über eine Hakenkreuzfahne laufen. ©SZ Photo